

RESUMEBOOK

ELSA – POTSDAM E.V. KONFERENZ

**"DER NAHOSTKONFLIKT – JURISTISCHE UND
GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ASPEKTE"**

an der Universität Potsdam

15.11. – 17.11.2002

**unter der Schirmherrschaft der juristischen Fakultät der
Universität Potsdam**

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

Aufgabe internationaler Politik. Aspekte sozialer Gerechtigkeit, der Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung sowie des Rechtes auf Selbstbestimmung sind in Verruf geraten. Militärische Sicherheit wurde zur dominanten Größe internationaler Politik. Die USA als Hypermacht bestimmen jetzt die politische Agenda. Sie definieren, wer als Terrorist zu gelten hat und wer nicht. Wie sagte US-Präsident George W. Bush nach dem 11. September: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Eine zutiefst arrogante Haltung, da kein Staat diese Entscheidung treffen muss.

Einer der ersten Staaten, die sich der von den USA ins Leben gerufenen „Anti-Terror-Allianz“ anschließen wollten, war Israel. Endlich, so schien es, verstanden die anderen Staaten das Anliegen Israels: den Widerstandskampf eines von militärischer Okkupation strangulierten Volkes als „Terrorismus“ zu sehen. Die Enttäuschung unter der herrschenden Klasse in Israel war groß, als die USA die Mitgliedschaft des Landes in dieser Allianz nicht wünschten. Bush gab aber Ariel Sharon beim Einsatz der Mittel frei Hand. Seither führt sich Israel auf wie eine wildgewordene Kolonialmacht, deren Politik und „Ansprüche“ auf die besetzten Gebiete immer weniger verstanden werden. Eine regionale Supermacht führt einen Krieg gegen ein Dritte-Welt-Volk, das um seine Selbstbestimmung kämpft. Bei dieser Asymmetrie der Kräfte drängt sich die Frage des Widerstandsrechtes geradezu auf. Baruch Kimmerling, Professor für Soziologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem, begründete das palästinensische Widerstandsrecht am 27. März

Der „Friedensprozess“ von Oslo als ein Weg zum Frieden?

Referent: Ludwig Watzal
(ausgearbeitetes Skript)

„Die Anschläge in New York City und Washington am 11. September 2001 haben die Agenda in den internationalen Beziehungen von Grund auf verändert. Seither gilt die Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ in all seinen Schattierungen als wichtigste

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

2001 in der Tageszeitung "Haaretz" wie folgt:
„Since 1967, millions of Palestinians have been under a military occupation, without any civil rights with, and most lacking even the most basic human rights. The continuing circumstances of occupation and repression give them, by any measure, the right to resist that occupation with any means at their disposal and to rise up in violence against that occupation. This is a moral right inherent to natural law and international law.“ Dieses Widerstandsrecht werde noch durch die Vierte Genfer Konvention bestärkt, die einen Bevölkerungstransfer des Besatzers in besetzte Gebiete untersagt.

Warum ist der mit so vielen Erwartungen und Hoffnungen begleitete „Friedensprozess“ gescheitert und in diesem Chaos geendet?

Der „Friedensprozess“ als legalisierte Fortsetzung der Okkupation

Ein hundertjähriger Konflikt schien sich seinem Ende zuzuneigen, als am 13. September 1993 das Osloer-Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vor dem Weißen Haus in Washington unter der Schirmherrschaft Präsident Clintons unterzeichnet worden ist. Eine Art „Friedensprozess“ war geboren, der in Israel und Palästina jedoch von Beginn an nie etwas mit Frieden in des Wortes wirklicher Bedeutung zu tun hatte, sondern die Fortsetzung der Besatzung auf vertraglicher Grundlage war.

Das Abkommen, das der israelische Außenminister Shimon Peres und der Verhandlungsführer der PLO, Abu Mazen, unterzeichnet haben, trägt den etwas hölzernen Titel „Prinzipienerklärung über

„Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ und war das erste, das der geschundenen Region den Frieden bringen sollte. Beide Seiten erklärten

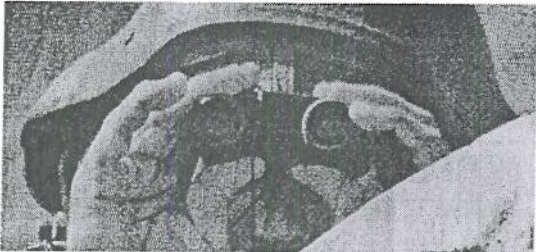
sich darin bereit, den Konflikt in Zukunft durch Verhandlungen zu lösen. Der Weg hin zur Unterzeichnung des Abkommens war schwerlich und dornenreich. Er begann mit der Friedenskonferenz von Madrid am 31. Oktober 1991, die nur wegen der tiefgreifenden Veränderungen im internationalen System möglich war. In der Folge der Madrider Konferenz trafen sich von 1991 bis 1993 die israelische und die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington zu zehn ergebnislosen Verhandlungsrunden. Yitzhak Shamir erklärte nach seiner Abwahl im Juni 1992, dass er noch zehn Jahre mit den Palästinensern in Washington verhandelt hätte, ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

Das Osloer Vertragswerk umfasst die „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ vom 13. September 1993, das „Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen“, das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet worden ist und Bestandteil des „Gaza-Jericho-Abkommens“ vom 4. Mai 1994 ist. Das „Wirtschaftsprotokoll“ wurde auch unverändert in das „Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen“ vom 28. September 1995 integriert. Von Benjamin Netanyahu wurde das Hebron-Protokoll vom 15. Januar 1997 und das Wye Memorandum vom 23. Oktober 1998 unterzeichnet.

Ehud Barak handelt das Sharm el-Sheikh Memorandum vom 4. September 1999 aus

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

und wollte in vom 11. bis 25. Juli in Camp David einen Statusendvertrag mit den Palästinensern aushandeln.



Die wichtigsten Punkte der Prinzipienerklärung sind:

- Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho (Art. XIV)
- Gründung einer palästinensischen Behörde (Art. I), der im wesentlichen fünf Kompetenzbereiche übertragen werden: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung und Tourismus (Art. VI).
- Wahl eines palästinensischen Rates durch die Bevölkerung der Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems, der dann an die Stelle der palästinensischen Behörde treten soll (Art. III).
- Ausdehnung des Gebietes, in dem der Rat die zivilen Befugnisse hat und für die Sicherheit von Palästinensern verantwortlich ist (Art. VII). Die Sicherheit der Grenzen, die Außenbeziehungen, die Sicherheit und die öffentlichen Ordnung der jüdischen Siedlungen und deren Bewohner sowie den ungehinderten Transit auf den Straßen behält sich Israel vor. Die gilt auch für alle Folgeverhandlungen. Ausgeklammert und auf die Statusendverhandlungen verschoben werden die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Außenbe-

ziehungen und „andere Fragen von gemeinsamen Interesse“ (Art. V).

Im „Gaza-Jericho-Abkommen“ wurden der Rückzug der israelischen Armee aus den genannten Gebieten (Gaza-Streifen und Jericho) sowie die Übertragung von zivilen Befugnissen an die palästinensische Behörde geregelt. Die in diesem Zusammenhang abgeschlossene Vereinbarung über „Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten“ vom 29. August 1994 wurden die in der „Prinzipienerklärung“ genannten fünf Bereiche formell auf die palästinensische Behörde übertragen.

Das „Interimsabkommen“ vom 28. September 1995 regelt die gesamte Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Das Abkommen schuf in der Westbank eine Art „Inselreich“, das durch Umgehungsstraßen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Konkret wirkte es sich folgendermaßen aus:

Die Zone A umfaßt die Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent des gesamten Gebietes aus. In dieser Zone können die Palästinenser ihre Zivilangelegenheiten eigenständig regeln, und ihre Polizei hat das alleinige Sagen.

In der Zone B liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Hier geht die Zivilverwaltung an die Palästinenser über. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann von deren Polizei alleine geregelt werden. In der Zone C, sie

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel sowieso als Staatsland. Nach diesem Konzept kann jede Autonomieinsel einzeln abgeriegelt werden. Dies stellt somit eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor dem Abkommen dar, als sich die Menschen wenigstens frei in der oft abgeriegelten Westbank bewegen konnten. Des Weiteren zieht sich zwar die Militärverwaltung aus den Bevölkerungszentren zurück, behält aber alle ihre Vollmachten. Die bestehenden Gesetze und Militärverordnungen bleiben in Kraft und müssen von Arafats-Autonomiebehörde umgesetzt werden. Sie können nur mit Zustimmung Israels geändert werden. Die palästinensische Behörde kann nur im zivilen Bereich freier agieren, alle anderen Bereiche sind durch ein engmaschiges Kontroll- und Veto-System an die israelische Zustimmung gebunden. Deutlich wird dies im Sicherheitsbereich, der besonders restriktiv für die Palästinenser ist. Auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische, und die Palästinenser können über größere Projekte nicht eigenständig befinden. Es wurde keine Siedlung aufgelöst. Sie sind exterritorial. Die Armee blieb überall präsent und an der De-facto-Kontrolle Israels über alle Lebensbereiche der Palästinenser hat sich nichts geändert. Während der Hochphase des „Friedensprozesses“ wurde der Weltöffentlichkeit der Eindruck vermittelt, als seien die israelischen Soldaten abgezogen. Kein

ELSA – Potsdam e.V.

einzigster Soldat hat jedoch die autonom-besetzten Gebiete verlassen. Das System der Kontrolle und der Besatzung wurde von Abkommen zu Abkommen enger gezogen. Auch im Hebron-Protokoll, das die Netanyahu-Regierung unterzeichnet hat, kam es nur zu einer Umgruppierung der Truppen aus 80 Prozent von Hebron und zu keinem Abzug. Fast 2000 israelische Soldaten bewachen jetzt 450 fundamentalistische Siedler. Das Protokoll teilte die Stadt in eine H-1-Zone, in der zirka 100 000 Palästinenser unter Arafats-Regime leben, und eine H-2-Zone, in der 450 fundamentalistische jüdische Siedler und zirka 20 000 Palästinenser unter direkter Okkupation Israels wohnen. Die Einwilligung Netanyahus zu diesem Abkommen ist als „Ja“ der anderen Hälfte Israels zum Friedensprozess gewertet worden. Eine solche Interpretation kann aber nur mit erheblichen Abstrichen gelten, da sich die Nationalisten und religiösen Fundamentalisten bis heute nicht mit der Existenz der Palästinenser abgefunden haben.

Mit dem Hebron-Protokoll ging ein Brief des ehemaligen amerikanischen Außenministers Warren Christopher einher, in dem er Israel weitreichende Sicherheitsgarantien machte und es dem Land freistellte, unilateral über den weiteren Rückzug aus der Westbank, die in drei Etappen bis August 1998 abgeschlossen sein soll, gemäß der israelischen Sicherheitslage zu entscheiden. Seitdem hat Netanyahu alles getan, um den Status quo zu Gunsten Israels zu verändern. Dies war auch die Politik Rabins, der in seiner vierjährigen

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

Amtszeit die Zahl der Siedler verdoppelt und Milliarden von Shekel in die Siedlungen und ein separates Straßensystem investiert hat. Hinter dieser Leistung wollte Netanyahu zu Recht nicht zurückstehen. Rabin und Peres tragen zu Unrecht den Titel „Friedenspolitiker“. Waren sie es nicht, die den Palästinensern diese Verträge aufgezwungen und die Bantustanisierung in Vertragsform gegossen haben? Peres hatte schon am 1. September 1993 festgestellt, dass Israel nicht mit der PLO, sondern nur mit einem Schatten ihrer selbst verhandelt habe. Nach der Unterzeichnung des Interimsabkommens gestand Peres am 8. Oktober 1995 der Zeitung „Yediot Aharonot“: „Alles verlief nach der Strategie, die der Ministerpräsident und ich entworfen hatten. Natürlich konnten wir nicht unsere ganze politische Macht ausüben und die Palästinenser brechen. Dies wäre nicht im israelischen Interesse.“ Der israelische Historiker Ilan Pappé bezeichnete die Abkommen folgerichtig als „Diktate“ Israels. Und schon am 3. Januar 1996 verglich der israelische Soziologe Baruch Kimmerling in „Ha'aretz“ sie mit dem Versailler Vertrag und kam zu dem Ergebnis, dass dieser im Vergleich zu den Osloer Verträgen geradezu „ideal“ gewesen sei! Das Wye Memorandum vom 23. Oktober steht in der Tradition der bereits unterzeichneten Abkommen. Es stellt keinen „Durchbruch“ im israelisch-palästinensischen Friedensprozess dar, sondern bedeutet eine weitere gravierende Niederlage der Palästinenser im Kampf um ihre legitimen Rechte. Das Wye Memorandum enthält prinzipiell nichts Neues, was nicht schon im Interimsabkommen vom

28. September 1995 vereinbart worden war. Es ist ein weiteres Umsetzungsabkommen des Interimsabkommens, aber es enthält einige für die Palästinenser nur schwer zu erfüllende Auflagen. Den Schwerpunkt bilden die Ausführungen über Sicherheit, die 60 Prozent des Abkommens umfassen, und die Einhaltung des Prinzips der Gegenseitigkeit. Sie gehen zu Lasten von Demokratie und Menschenrechten. So sollen Maßnahmen ergriffen werden, die gegen die andere Seite gerichteten terroristischen, verbrecherischen oder feindlichen Aktionen verhindern. Ein von den Palästinensern erstellter Sicherheitsplan soll in Zusammenarbeit mit den USA die systematische Bekämpfung des Terrorismus und terroristischer Organisationen gewährleisten. Dazu wird ein amerikanisch-palästinensischer Ausschuss gebildet. Die Palästinenser müssen Personen verhaften, die verdächtigt werden, Gewaltakte verübt zu haben, und diese verurteilen. Die Palästinenser müssen in Kooperation mit den USA die Beschlagnahme illegaler Waffen vornehmen. Die Autonomiebehörde muss Dekrete erlassen, die alle Formen der Anstiftung zu Gewalt und Terror in ähnlicher Weise verbietet, wie das bisher in den von Israel kontrollierten (besetzten) Gebieten üblich ist. Ein dreier Ausschuss soll mögliche Fälle von Anstiftung zur Gewalt kontrollieren.

Neben den Ausführungen über die Sicherheit geht es um den weitere Truppenverlegung, die sich in drei Phasen vollziehen und spätestens nach zwölf Wochen abgeschlossen sein soll. Diese Verlegung wurde jedoch niemals

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

vollzogen. Hätte sie stattgefunden, hätten die Palästinenser 18,2 Prozent des Landes unter alleiniger Kontrolle gehabt (Zone A), und in 21,8 Prozent hätte es eine gemischte Kontrolle gegeben (Zone B). Arafat stimmte dem israelischen Vorschlag zu, drei Prozent des übereigneten Gebietes als „grüne Zone“ zu deklarieren. Dort dürfen die Palästinenser nicht bauen, und Israel hat das Sagen in Sicherheitsfragen. Damit wurden ein weiterer territorialer Spaltpilz geschaffen, den man in der letzten Phase der Verhandlungen jederzeit aktivieren kann. Die Rückzugsphase hing aber von der Einhaltung der Formel „Sicherheit/Gegenseitigkeit“ ab. Hiermit war den Israelis und den USA ein Instrument an die Hand gegeben, dass jede Maßnahme Arafats als unzureichend abqualifizieren konnte, was dann auch durch Netanyahu geschehen ist. Wenn es zu einer Einigung in den Statusendverhandlungen kommen wird, werden die Palästinenser die 21,8 Prozent der B-Zone unter ihre alleinige Kontrolle bekommen plus ein bis maximal fünf Prozent aus der von Israel allein kontrollierten Zone C. Der dann „souveräne“ Palästinenserstaat wird zwischen 40 und höchstens 45 Prozent des besetzten Gebietes umfassen. Diesem „Kompromiss“ werden Arafat und die USA zustimmen, wie Ha'aretz schrieb. Die Vereinbarung enthielt keinerlei Festlegung, was den Umfang des dritten Rückzuges betraf. Nach Ha'aretz werden die USA und die Autonomiebehörde Israels Absicht von nur einem Prozent Rückzug in der dritten Phase nichts in den Weg legen.

Des weiteren muss die PLO-Charta zum zweiten Mal außer kraft gesetzt werden. Dies geschah am 14. Dezember 1998 in Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten, der erstmals den Autonomiegebieten einen Besuch abstattete. In einer für die Palästinenser demütigenden Geste musste Arafat erneut die Geschichte seines Volkes auf Druck der USA umschreiben. Der fünfzigjährige Befreiungskampf des palästinensischen Volkes wurde reduziert auf bloßen „Terrorismus“. Clintons Besuch stellt keine völkerrechtliche Anerkennung dar. Die Palästinenser hatten sich zu viel von dieser symbolischen Geste versprochen. Clinton hatte nie die Kraft noch jemals die Absicht gehabt, sich gegen Netanyahu oder Ehud Barak zu behaupten.

In einem weiteren Kapitel geht es um ökonomische Fragen wie der Eröffnung einer Industriezone oder des Flughafens in Gaza sowie den Bau eines Tiefseehafens und der Einrichtung von sicheren Durchgangsstraßen vom Gaza-Streifen zur Westbank. Die zahlreichen Komitees, die im Interimsabkommen etabliert worden sind, sollen wieder zum Leben erweckt werden. Beide Seiten stimmten darin überein, die Verhandlungen über einen endgültigen Status umgehend wieder aufzunehmen. Keine Seite unternimmt einseitige Maßnahmen, die den Status der Gebiete verändern. Dies wurde ebenfalls schon mehrmals vertraglich vereinbart, aber Israel hat sich noch nie daran gehalten und immer wieder Siedlungen erweitert bzw. neue gebaut. Die USA verpflichteten sich, „Israels Verteidigungs- und Abschreckungspotential“ zu erhöhen und die strategische Allianz, die wäh-

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

rend der Präsidentschaft von Ronald Reagan vereinbart worden war, auf ein höhere Stufe zu heben. Die USA stimmten weiterhin zu, die Kosten der Umgruppierung für die Truppen, den Bau der Umgehungsstraßen und andere Infrastrukturmaßnahmen in Bezug auf die Siedlungen zu übernehmen. Dem Memorandum wurde ein Zeitplan beigefügt, der aber wie die anderen Zeitpläne nie eingehalten wurde.

Das Wye-Memorandum enthält aber noch eine weitere wichtige „Verbesserung“ gegenüber der früheren israelischen Sichtweise im Interimsabkommen. In diesem heißt es, dass sich das israelische Militär in „besondere Militärstützpunkte“ zurückziehen sollte. Unausgesprochen waren damit die Siedlungen und bestehende Militäreinrichtungen gemeint. Durch den Brief Warren Christophers, der dem Hebron-Protokoll beigefügt war, wurde Arafat angewiesen, dass sich die israelischen Truppen in diese besondere Stützpunkte zurückziehen werden. Diese Stützpunkte konnte Israel einseitig festlegen gemäß seines Sicherheitsbedürfnisses, wie Christopher schrieb. Die Bedeutung von Wye liegt nun darin, dass Christophers Brief nachträglich als Bestandteil in das Abkommen inkorporiert wurde, obwohl er als Anhang zum Hebron-Protokoll beigefügt wurde. Ein Auszug aus dem folgenden Interview mit Christopher vom 17. Januar 1997 in „USA Today“ gibt Aufschluss über die wahre Absicht der USA: „Ein Kennzeichen der Politik der USA bleibt unsere Verpflichtung, kooperativ darauf hinzuwirken, die Sicherheitsbedürfnisse zu su-

chen und zu verwirklichen, die Israel festlegt.“

Das Wye Memorandum war alles andere als ein Erfolg für die Palästinenser. Die Sieger hießen Netanyahu und Ariel Sharon. Letzterer kam erst einige Tage später in Maryland, um nicht an der Handreichungszeremonie teilnehmen zu müssen. Nicht dass er nicht die anderen Teilnehmer mit „dem Blut an seinen Händen“ infizieren wollte, nein, er hatte geschworen, Arafat niemals die Hand zu reichen. Die hat er auch als Ministerpräsident bisher vermieden. Netanyahu und Sharon ist es gelungen, Israels Sicherheitsobsession und das Prinzip der „Gegenseitigkeit“ vertraglich durchzusetzen. Beide Begriffe sind willkürlich verwendbar, nie zu erfüllen und gelten nur für Palästinenser. Warum gilt das Prinzip der „Gegenseitigkeit“ nicht für die extremistischen Siedler? Warum müssen sie nicht entwaffnet werden? Terrorisieren sie nicht die palästinensische Bevölkerung mit ihren Waffen? Der PLO-Vorsitzende nannte Netanyahu mehrmals „meinen Partner“. Dies stellt nicht nur eine Verhöhnung der Ziele dar, für welche die PLO gekämpft hatte, sondern auch seiner selbst. Der ehemalige Freiheitskämpfer nennt den Unterdrücker des palästinensischen Volkes „Partner“! Indem es den USA und Israel gelungen ist, den arabisch-israelischen Konflikt als einen Krieg gegen „Terrorismus“ darzustellen, ist die Region in „gute Kräfte“ und „Terroristen“ eingeteilt.

Bei ihrer ersten Begegnung am 11. Juli 1999 machte Barak seinem „lieben Freund und Partner“ Arafat klar, dass er keinen „Neuan-

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

fang“ in den Beziehungen zu den Palästinensern anstrebe. Er lehnte es ab, die unter Netanyahu gegründeten 42 Siedlungen aufzulösen. Seinen Vorschlag, das Wye Memorandum zu umgehen und gleich mit den Statusendverhandlungen zu beginnen, wies Arafat zurück. Als der PLO-Chef den bei ihrem zweiten Treffen angebotenen Terminplan zur Umsetzung des Wye Abkommens ablehnte, setzte ihn Barak mit dem Hinweis auf ein mögliches Abkommen zwischen Syrien und Israel unter Druck. Um Zeit zu gewinnen, unterzeichneten beide Seiten am 4. September das Sharm el-Sheikh Memorandum. Zu Recht wurde dieses Dokument als das „Umsetzungsabkommen des Umsetzungsabkommens des Interimabkommens“ vom September 1995 eingestuft.



Darin bekräftigten sie den Willen, bei den Stausendverhandlungen die UN-Resolutionen 242 und 338 zu realisieren, und einigten sich darauf, bis zum 13. September 1999 Verhandlungen über ein Rahmenabkommen aufzunehmen, das im Februar 2000 vorliegen sollte. Den Kern des Abkommens sollte eine Vereinbarung über die Bestandteile des Stausendvertrages bilden, dessen Abschluss für Mitte September 2000 vorgesehen war.

Der Truppenrückzug sollte in drei Phasen fortgesetzt werden: Am 5. September sollten sieben Prozent von Zone C zur Zone B kommen; am 15. November zwei Prozent von Zone B zur Zone A und drei Prozent von Zone C zu Zone B; schließlich sollten am 20. Januar 2000 ein weiteres Prozent aus Zone C in Zone A und 5,1 Prozent aus Zone B in Zone A übertragen werden.

Weitere Punkte waren:

- Freilassung von 200 palästinensischen Gefangene am 5. September 1999 und von 150 am 8. Oktober. Alle weiteren Freilassungen würde ein gemeinsamer Ausschuss regeln.
- Einsetzung von Ausschüssen, die bereits im Interimsabkommen beschlossen wurden.
- Bau einer „sicheren Durchgangsstraße“ vom Gaza-Streifen in die Westbank und Öffnung der Shuhada Straße in Hebron.
- Bau eines Seehafens für die Palästinenser. Vor der Inbetriebnahme war die Unterzeichnung eines Protokoll über Sicherheitsvorkehrungen geplant, in dem die Befugnisse der Israelis wie im Falle des Flughafens geregelt werden sollten.
- Vereinbarungen über Sicherheitsauflagen, die bereits im Wye Memorandum festgeschrieben wurden.

Beide Seiten verpflichten sich, keine einseitigen Maßnahmen zu ergreifen, die den Status quo verändern. Dies stand auch in früheren Abkommen, wurde aber von den Israelis durch den Bau von Siedlungen und eines separaten Straßensystems für die Siedler unterlaufen. Nach dem Wye Memorandum wurden 42 illegale Siedlungen errichtet. Nur sie-

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

ben deklarierte Barak als illegal und nur vier davon ließ er räumen.

Am 8. November 1999 begannen im Grand Park Hotel in Ramallah endlich die offiziellen Gespräche über das Statusendabkommen. Israel wollte lediglich ein Rahmenabkommen aushandeln, in dem alle kritischen Fragen fixiert werden sollten, über die keine Einigung erzielt werden konnte. Barak erklärte vorher, der Siedlungsbau werde weitergehen und die UN-Resolution 242 sei nicht anwendbar. Er gab den Unterhändlern folgende Instruktionen mit auf den Weg:

- Das Rahmenabkommen soll den Konflikt zwischen den beiden Völkern beenden und zu einer Trennung zwischen Israel und dem palästinensischen „Gebilde“ führen, das nach dem Abschluss eines Statusendvertrages entstehen soll.

- Israel beharrt auf den „fünf roten Linien“: keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, ein vereinigtes Jerusalem unter israelischer Souveränität als Israels Hauptstadt, keine fremde Armee westlich des Jordan Flusses, keine Rückkehr der Flüchtlinge nach Israel, die meisten der Siedlungen bleiben erhalten, werden in Siedlungsblocks zusammengefasst und von Israel annektiert.

Über diese Richtlinien gab es innerhalb der israelischen politischen Klasse Konsens, selbst die moderate Rechte identifizierte sich damit. Die Verhandlungen endeten in einer Sackgasse. Fortan galt das Zauberwort Camp David. Clinton und Barak wollten den Erfolg um jeden Preis.

Bill Clinton schickte Dennis Ross, Außenministerin Madeleine Albright sowie Sicherheits-

berater Sandy Berger in den Nahen Osten. Arafat betonte bei dem Gespräch, dass die Bedingungen für ein Gipfeltreffen noch nicht reif seien, da weder in den bilateralen Gesprächen in Eilat noch in Oslo etwas erreicht worden sei. Nachdem sich Albright mit Barak getroffen hatte, war sie davon überzeugt, dass Israel ein weitreichendes Angebot unterbreite und ein Gipfeltreffen erfolgreich sein könnte. Clinton wollte den Friedensprozess vor einem totalen Kollaps bewahren und als Mann, der den längsten Konflikt des 20. Jahrhunderts gelöst hat, in die Geschichte eingehen. Er lud die Kontrahenten am 5. Juli zu einem Gipfeltreffen in Camp David ein, das am 11. Juli beginnen sollte. Barak hatte diesen Tagungsort vorgeschlagen; dort war 1978 ein Abkommen zwischen Israel und Ägypten unterzeichnet worden, das zur Räumung der besetzten Sinai-Halbinsel geführt hatte.

Arafat wurde in einer Sitzung des PLO-Zentralrates vom 2. und 3. Juli beauftragt, folgende Forderungen bei den Verhandlungen durchzusetzen:

- Rückkehrrecht oder eine „angemessene Entschädigung“ für die Flüchtlinge gemäß der UN-Resolution 194,
- vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 242 und 338,
- Räumung aller Siedlungen sowie
- Ost-Jerusalem als die Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates.

Er reiste mit einer 50köpfigen Delegation an, die alle Fraktionen der palästinensischen Gesellschaft umfasste. Hamas und die PFLP

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

lehnten die Teilnahme ab. Yassir Abed Rabbo erklärte, das Abkommen würde einem Referendum – „wie auf der israelischen Seite“ – unterworfen.

Ohne ähnlichen politischen Rückhalt wie Arafat reiste Barak am 10. Juli nach Washington. Seine Regierung war auseinandergefallen, und im Parlament hatte er zwei Vertrauensabstimmungen verloren. Ariel Sharon erklärte in der Knesset: „Ehud Barak geht nach Camp David, ohne die Unterstützung der Knesset oder des Landes zu haben. Er scheint nicht zu verstehen, dass er erst Frieden in seiner Regierung haben muss, bevor er Frieden mit den Arabern schließen kann.“ Barak war von einem Erfolg so überzeugt, dass er die geheimen Gespräche in Oslo schon nach der zweiten Runde abgebrochen hatte. Seine Ideen wollte er nur auf einem Gipfeltreffen preisgeben. Der israelische Ministerpräsident warnte vor einem Fehlschlag, da „der Preis in Blut bezahlt werden muss“. Barak hatte für beide Eventualitäten vorgebaut: Würde er ein Abkommen erzielen, könnte er im Triumph nach Israel zurückkehren; scheiterten aber die Verhandlungen, so konnte er behaupten, dass Arafat seine große Kompromissbereitschaft ausgeschlagen habe. Vor der Weltöffentlichkeit würde er als bedeutender Staatsmann dastehen, der wegen des Friedens „große Opfer“ gebracht habe.

Camp David musste scheitern, da Barak wie alle bisherigen israelischen Regierungen auf den „Roten Linien“ beharrte:

- kein Rückzug auf die Grenzen von 1967.
Keine der beiden großen israelischen Parteien

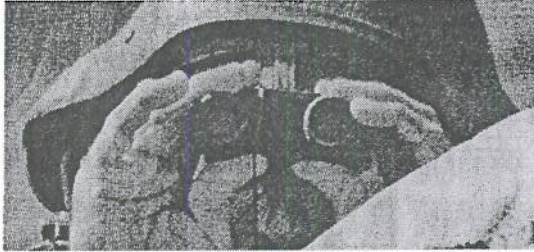
war jemals bereit, mehr als die Hälfte der vom ursprünglichen, historischen Palästina verbliebenen 22 Prozent an die Palästinenser zurückzugeben.

- Jerusalem bleibt ungeteilt und unter israelischer Souveränität;
- keine ausländische Macht westlich des Jordan Flusses;
- die meisten Siedler bleiben unter israelischer Souveränität, auch nach einem Endabkommen;
- Israel wird keine moralische oder rechtliche Verantwortung für das palästinensische Flüchtlingsproblem übernehmen.

Hätte Arafat dieses „palästinensische Versailles“ akzeptiert, wäre er von der politischen Bühne hinweggefegt worden. Er wusste, wie explosiv die Stimmung unter seinen Landsleuten war. Die USA und Israel hatten gehofft, der PLO-Chef lasse sich weitere Kompromisse aufoktroyieren. Der amerikanische Völkerrechtler Francis A. Boyle hatte 1992 in dem Memorandum „The Interim Agreement and International Law“ an die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington appelliert, sich strikt am Völkerrecht zu orientieren, sonst würden sie im Friedensprozess untergehen. Arafat erkannte in Camp David, dass Israel gegen alles, was die Palästinenser über ihre Zukunft beschließen, ein Veto einlegen kann, und ließ sich nicht erpressen, obwohl auf ihn mehr Druck ausgeübt wurde als bei der Belagerung von Beirut im Jahre 1982, wie Mahmoud Abbas in einem Interview erklärte. Von Seiten der USA und

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

Israels wurde ihm umgehend die Schuld am Scheitern von Camp David gegeben.



Nach dem Scheitern des sogenannten Kriessengipfels in Sharm el-Sheikh, als die Kontrahenten Barak und Arafat ohne Händedruck auseinander gingen, standen die Zeichen auf Sturm. Als dann Ariel Sharon am 28. September 2000 mit über 1000 bewaffneten Polizisten auf den Haram el-Sharif (Tempelberg) auftauchte, war die der berühmte Funke der die angestauten Frustrationen der Palästinenser zur Explosion brachte. Die Israelis unterstellen Arafat immer wieder, diesen Aufstand inszeniert zu haben. Indem sie dieses behaupten, begreifen sie nicht, wie tief die Verbitterung über die alltäglichen Demütigungen sitzt. Seitdem führt Israel einen Krieg gegen die Palästinenser mit dem Ziel, den Aufstand niederzuwerfen und Arafat zur Kapitulation zu zwingen.

Was bleibt als Fazit, und warum sind die Palästinenser trotz Al-Aqsa-Intifada und massivem militärischen Beschuss durch Israel immer noch an diesem „Friedensprozess“ interessiert? Die Abkommen haben die Kriegsgefahr in Israel und Palästina nicht beseitigen können, sondern im Gegenteil noch erhöht. Dass es zu solch einer Lage kommen konnte, liegt zu einem großen Teil in der Verantwortung der israelischen Regierung, die alles tun,

um Arafat und seine Regierung zu demütigen und vor den Augen der Weltöffentlichkeit und der Palästinenser lächerlich zu machen. Israel ist nicht bereit, wirkliche territoriale Kompromisse zu machen. Aber auch Arafat trägt eine Art Mitverantwortung. Er hat seine Rolle als Staatsmann immer noch nicht gefunden.

Die Abkommen sind nicht Ausdruck von Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren die dauerhafte politische, ökonomische und soziale Unterwerfung unter die israelische Besatzung. Arafat und sein Regime sind dazu auserkoren, für die Sicherheit Israels und der Siedler in den autonom-besetzten Gebieten zu sorgen. Die Abkommen nützen allein der Sicherheit Israels. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo, Taba, Wye, Sharm el-Sheikh und dem gescheiterten Versuch von Camp David haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern von der internationalen Tagesordnung abgesetzt und zu einem bilateralen Problem im Machtkampf zwischen Israel und den Palästinensern gemacht, bei dem die Palästinenser nur verlieren können. Diese Entwicklung schien bis zum erneuten Aufstand irreversibel, weil sie von der palästinensischen Führung eingeleitet worden ist. Ihre „Kompromissbereitschaft“ grenzte an Selbstaufgabe und Selbstverleugnung. Um als „Präsident Palästinas“ in die Geschichte einzugehen, scheint Arafat zu allem bereit zu sein. In Camp David ist ihm schließlich seine nationale Verantwortung bewusst geworden. Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ hat alle eigenstaatlichen Ansprüche unter Terrorverdacht gestellt.

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

Lösungsansätze des Nahostkonfliktes

Gibt es aus der augenblicklichen verfahrenen Situation dennoch einen Ausweg? Eine Wende zum Besseren ist nur dann zu erwarten, wenn Israel eine Kehrtwendung in Richtung „gerechter Friede“ vollzieht. Dies beinhaltet die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat - und nicht eines Bantustans -, das Ende der Landenteignungen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen, das Ende der Häuserzerstörungen, den Siedlungsstop, die Freilassung aller Gefangenen, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge in ihren eigenen Staat, die Anerkennung Ost-Jerusalems als die Hauptstadt eines unabhängigen Staates, die Einstellung des „demographischen Krieges“ gegen die Bewohner Ost-Jerusalems, das Ende der Abriegelung und der Kollektivstrafen, das Ende des Krieges gegen das palästinensische Volk und die Anerkennung der Menschenrechte der Palästinenser.

Der Friedensprozess à la Oslo ist gescheitert und sollte auf dieser Grundlage auch nicht fortgesetzt werden. Deshalb ist von einer Umsetzung des Mitchell-Berichtes, des Tenet-Vorschlages oder der ägyptisch-jordanischen Initiative keine Lösung zu erwarten, da sie auf dem Denken und der Strategie von Oslo beruhen. Auch der sogenannte Friedensplan des saudischen Kronprinzen Abdullah wird kein Erfolg beschieden sein, weil die israelische politische Klasse zu keinem bedingungslosen Rückzug bereit sein wird. Es ist deshalb ein Neuanfang notwendig, und zwar auf der Grundlage des Völkerrechts und nicht auf

Basis amerikanischer und israelischer Hegemonie und Macht. Die internationale Rechtslage ist eindeutig. Nach der Präambel der UN-Sicherheitsratsresolution 242 geht es nicht an, „Territorium durch Krieg zu erobern“. Dieser Neubeginn kann nur im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz unter der Federführung der Vereinten Nationen, und mit Beteiligung der USA, der Europäischen Union und Russlands unternommen werden. Würden alle Konfliktparteien – Israel, Syrien, Libanon und die Palästinenser – daran teilnehmen, könnte es gelingen, der Region einen stabilen Frieden zu sichern. Ein Friede setzt voraus, dass die israelische Besetzung palästinensischen Landes beendet, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannt, ein souveräner Palästinenserstaat mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem geschaffen, die Rückkehr der Flüchtlinge in diesen neuen Staat gemäß den UN-Resolutionen gestattet sowie die Auflösung der Siedlungen in den besetzten Gebieten beschlossen wird.

Von einer solchen Lösung würden Palästinenser und Israelis profitieren. Gegen einen solchen Plan wehren sich die USA und Israel jedoch vehement, weil sie in einer solchen Konstellation nicht ihre machtpolitischen Vorstellungen durchsetzen können, die bisher nur Israel genützt haben.

Wenn ein Akteur berufen ist, am Verhandlungstisch zu sitzen, dann sind es die Vereinten Nationen. Israel ist ein Kind der Vereinten Nationen, der einzige Staat der Welt, der durch eine UN-Resolution geschaffen wurde. Auch die palästinensischen Flüchtlinge wer-

ELSA – Potsdam e.V. ResumeBook zur Konferenz „Der Nahostkonflikt“

den von Beginn ihrer Vertreibung durch Israel von der UN-Organisation UNRWA betreut. Ihr Schicksal sowie der gesamte Konflikt ist umrahmt von einem völkerrechtlichen Regelwerk. Eine Umsetzung dieser Resolutionen der Vereinten Nationen zum Nahostkonflikt würde den Frieden wesentlich stärker befördern als der bisherige „Friedensprozess“.

Die UN-Resolutionen zu Jerusalem sind Legion. Die UN-Teilungsresolution 181 definiert Jerusalem als „corpus separatum“ und stellt die Stadt unter internationale Verwaltung; Resolution 194 regelt die Rückkehr und die Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge; auch deren Umsetzung widersetzt sich Israel. Die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates verlangt den Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten und betont, dass

Landerwerb durch militärischer Besetzung unzulässig sei. Wider diese Resolution enteignet Israel massiv Land zum Zwecke des Siedlungsbaus und zur Errichtung eines separaten Straßensystems zur Vernetzung der Siedlungen. Der Transfer der eigenen Bevölkerung in besetztes Gebiet widerspricht der 4. Genfer Konvention, ebenso die Annexion von Gebieten wie den Golanhöhen oder Ost-Jerusalem.

Nach fast acht Jahren Friedensprozess ist von den Hoffnungen und Träumen nichts geblieben. Israel hat es wieder einmal versäumt, die historische Chance zu nutzen und einen gerechten Frieden mit dem palästinensischen Volk zuschließen und sich in den Nahen Osten als gleichwertiger Partner zu integrieren. Stattdessen setzte das Land weiter auf Do-

minanz und Unterdrückung. Nicht Arafat war kein „Friedenspartner“, wie Barak meinte, sondern er und Bill Clinton. Beide wollten keinen gerechten Ausgleich, sondern setzten auf Unterwerfung der Palästinenser. Anstelle von wirklichen Konzessionen wurde die Schraube der Repression immer weiter angezogen. Ministerpräsident Sharon hat Israel in einen Hort des Unfriedens verwandeln und damit den Grundstein für seine mögliche „Libanonisierung“ gelegt. Nicht Arafat ist das größte Hindernis zum Frieden, wie Sharon in seiner Rede an das israelische Volk erklärte, sondern er selber will keinen Frieden, wie sein Interview mit der Tageszeitung Ha'aretz vom 14. April 2001 zeigt. Seine fast zweijährige Regierungsbilanz ist katastrophal: fast 1800 Palästinenser und über 680 Israelis verloren ihr Leben. Ein Ende der Gewalt ist nicht in Sicht. Die Gefahr besteht, dass im Rahmen eines Krieges gegen den Irak, Hunderttausende von Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben werden. Wann gebieten die USA Ariel Sharon Einhaltung?
